

Die  
"Weiserich-Zeitung"  
erscheint wöchentlich drei-  
mal: Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend und  
wird an den vorhergehenden  
Abenden ausgegeben.  
Preis vierteljährlich 1 M.  
25 Pfg., zweimonatlich  
84 Pfg., einmonatlich 42  
Pfg. Einzelne Nummern  
10 Pfg. — Alle Postan-  
halten, Postboten, sowie  
unsere Ausreiter nehmen  
Bestellungen an.

# Weiserich-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“. Mit land- und hauswirtschaftlicher Monats-Beilage.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Inserate werden mit 15  
Pfg., solche aus unserer  
Amtshauptmannschaft  
mit 12 Pfg. die Spaltzeile  
oder deren Raum berech-  
net. Bekanntmachungen  
auf der ersten Seite (nur  
von Behörden) die zwei-  
gespaltene Zeile 35 bez.  
30 Pfg. — Tabellarische  
und komplizierte Inserate  
mit entsprechendem Auf-  
schlag. — Eingeladene, im  
redaktionellen Teile, die  
Spaltenzeile 30 Pfg.

Nr. 22.

Dienstag, den 25. Februar 1908.

74. Jahrgang.

In dem Kontursverfahren über den Nachlaß des Mühlengrundstückbesizers Anton Traugott Leberrecht Verthold in Beerwalde wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der **Schlusstermin**

auf den 20. März 1908, vormittags 1/4 11 Uhr, vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt. Als Vergütung für die Geschäftsführung des Verwalters werden 150 M., seine Auslagen auf 7 M. 90 Pfg. festgesetzt.  
Dippoldiswalde, den 22. Februar 1908.  
K 9/07. Das königliche Amtsgericht.

## Die österreichischen Eisenbahnprojekte auf der Balkanhalbinsel.

Im Berliner Vertrage vom Jahre 1878, welcher nach dem russisch-türkischen Kriege die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zwischen den Großmächten und der Türkei und den kleineren Balkanstaaten regelte, ist die westliche Hälfte der Balkanhalbinsel bis nach Saloniki hinab dem Einflusse Oesterreichs zugestanden worden. Man wollte damit einem Uebergreifen der russischen Machtphäre auf die ganze Balkanhalbinsel einen wirksamen Damm entgegenstellen, und keine Macht war eifriger bemüht als England, damals diese Forderung gegenüber Rußland zugunsten Oesterreichs durchzusetzen. Oesterreich, dessen südöstliche Grenzen direkt die Balkanstaaten berühren, hatte auch allen Grund, seinen Einfluß auf der Balkanhalbinsel innerhalb gewisser Grenzen gesichert zu sehen, denn die Unruhen und Aufstände auf der Balkanhalbinsel hatten ja sehr oft auf das österreichische Gebiet mit herübergepielt. Ganz im Sinne des Berliner Vertrages hat daher Oesterreich die türkischen Provinzen Bosnien nebst der Herzegowina in Verwaltung genommen und dort mit großen militärischen und finanziellen Opfern Ordnung geschaffen und der Kultur die Wege geebnet. Oesterreich verfolgt also auf der Balkanhalbinsel unbestritten eine Kulturaufgabe im Rahmen des Berliner Vertrages, und eine weitere Forderung dieser Kulturaufgabe besteht auch darin, daß Oesterreich, um die gesamte Kultur und den Handelsverkehr auf der Balkanhalbinsel zu heben, einige Eisenbahnen auf derselben baut und zu diesem Zwecke bemüht ist einen besonderen Vertrag mit dem Sultan von der Türkei abzuschließen, denn die altersschwache und stets in Geldnot befindliche Türkei ist ja gar nicht imstande, Eisenbahnen auf der Balkanhalbinsel zu bauen und moderne Kulturaufgaben zu lösen. Dieses an sich loyale Vorgehen Oesterreichs hat aber in Rußland und auch in England eine große Erregung geschaffen, und man hat dieserhalb sogar den Kriegesruf an die Wand gemalt, als ob Rußland entschlossen sei, Oesterreich den Krieg zu erklären, wenn es von seinem Vorhaben bezüglich der Eisenbahnbauten auf der Balkanhalbinsel nicht abstehe. Diese Erregung in Rußland und England entspringt offenbar dem Argwohne, daß Oesterreich die gegenwärtige große militärische und politische Schwäche Rußlands dazu benutzen könnte, um über eine gewisse Linie hinaus seinen Einfluß auf der Balkanhalbinsel geltend zu machen. Es fällt aber Oesterreich gar nicht ein, die Verträge zu überkreuzen oder von der Türkei etwas zu fordern, was dem Berliner Vertrage oder dem Würzburger Abkommen zuwider wäre. Der Lärm ist daher in der englischen und russischen und auch in der französischen und italienischen Presse wegen der österreichischen Eisenbahnbauten nur deshalb entstanden, um an Oesterreichs Adresse eine überflüssige Warnung zu richten. Die offizielle russische Presse gibt ja auch selbst zu, daß Oesterreich-Ungarn auf dem sicheren Rechtsboden des Berliner Vertrages handle und die Nichtsignatur des Würzburger Abkommens um kein Haar breit verlassen habe. Aber etwas hat die offizielle russische Presse an dem österreichischen Eisenbahnbauprojekte doch zu tabeln, indem Rußland meint, der Zeitpunkt für dieses Vorgehen Oesterreichs sei ganz unzeitgemäß gewählt und läßt die Türkei in ihrer Oppositionslust gegen die gemeinsamen Forderungen der Großmächte. Tatsächlich hat die Türkei die englische Forderung, die internationale Polizei in der Türkei zu stärken, abgelehnt, und es ist an sich nicht unwahrscheinlich, daß die stets hinterlistige Politik der Türkei das österreichische Bahnbauprojekt auf der Balkanhalbinsel dazu benutzen will, um Zwistigkeiten zwischen den Großmächten hervorzurufen und daraus Vorteil für den türkischen Schendrian zu schlagen. Aber die Großmächte werden wohl auf diesen alten türkischen Aniff nicht hereinfallen, und Oesterreich wird sein Eisenbahnprojekt in den Grenzen der Verträge auszuführen bemüht sein, so daß daraus eine Gefahr für den europäischen Frieden schließlich doch nicht entstehen dürfte.

## lokales und Sächsisches.

**Dippoldiswalde, 22. Februar.** Am 1. März haben sich diejenigen Jungfrauen, welche an der Verlosung der Ausstattungsgelder der Riebsch-Stiftung teilnehmen wollen, vormittags 11 Uhr im Ratssitzungszimmer anzumelden. Taufzeugnis ist hierbei vorzulegen. Die Verlosung selbst findet in diesem Jahre am 22. März statt.

— Vom 1. März d. J. ab wird der Expedient bei der Kanzlei des Königl. Ministeriums des Innern, Herr Mähle, zur Königl. Amtshauptmannschaft hier und dafür der bei letzterer bisher beschäftigte Diätist, Herr Bieweg, zu genannter Kanzlei versetzt.

— Sächsische Holzwarenfabrik Max Böhme & Co., Aktiengesellschaft. In der Ausschüttungsbeschlusse wurde der Jahresabschluß per 31. Oktober 1907 vorgelegt. Derselbe weist einen Rohgewinn von 101 650,09 Mark gegen 120 845,65 Mark im Vorjahre auf. Die Verwaltung beschloß in Betracht der Steigerung der Anlage-Konten wesentlich höhere Abschreibungen als im Vorjahre, nämlich 43 704,23 Mark gegen 26 923,34 im Vorjahre. Außerdem soll ein Debitoren-Konto neuerrichtet und mit 10 000,00 Mark dotiert werden. Der auf den 28. März 1908, vormittags 1/2 11 Uhr, einzuberufenden Generalversammlung soll deshalb vorgeschlagen werden, auf das bei Schluß des letzten Geschäftsjahres nach Höhe von 950 000,00 Mark eingezahlte und in dieser Höhe dividendenberechtigte Aktienkapital 4% Dividende zu verteilen, während im Vorjahre auf das damals nur nach Höhe von 825 000,00 Mark dividendenberechtigte Aktienkapital 8% Dividende verteilt worden waren. Den Grund des Rückgangs des Ertrages findet die Verwaltung teils in Konjunkturverhältnissen, teils darin, daß die seiner Zeit zwecks Aufnahme der Rasiererie-Branche getroffene Betriebsvergrößerung zur Zeit noch nicht produktiv arbeitet, da die Verwaltung inzwischen in Betracht des Rückgangs der Automobil-Branche Bedenken trug, den Betrieb nach dieser Richtung hin zu erweitern. Auch schwierige Arbeiterverhältnisse haben das Gewinnergebnis ungünstig beeinflusst. In das neue Geschäftsjahr ist die Gesellschaft mit einem befriedigenden Auftragsbestand eingetreten. Bis Ende Januar 1908 betrug der Umsatz bereits erheblich mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

— Die am Sonntag in der „Reichstrone“ abgehaltene öffentliche Abendunterhaltung des Gesangsvereins „Eintracht“ erfreute sich eines sehr guten Besuchs, und fanden alle Darbietungen, die gesanglichen wie die humoristischen, ausnahmslos vielen Beifall, so daß der Verein, der sein Bestes bot, gewiß nach jeder Richtung voll befriedigt ist.

— Auf dem Wege nach Dresden in der Nähe von Possendorf wurde von einem ausschlagenden Pferde dem Sohne des Heuhändlers Balthar hier ein Unterschenkel zer schlagen.

— In öffentlicher Sitzung des Königl. Landgerichts Freiberg wurden zur Bildung der Spruchliste für die am 23. März beginnende diesjährige erste Schwurgerichtsperiode, deren mutmaßliche Dauer acht bis zehn Tage in Anspruch nehmen wird, die Namen der nachstehend aufgeführten Herren aus der Urne gezogen: 1) Thomas, Ortsrichter in Borlas, 2) Tanneberger, Ortsrichter in Hallbach, 3) Röber, Droßist in Rabenau, 4) v. Tauchnitz, Oberstleutnant a. D. und Rittergutsbesitzer in Wärenklau, 5) Brüdner, Fabrikbesitzer in Rabenau, 6) Weinhold, Klempnermeister in Tharandt, 7) Mammen, Forstassessor in Tharandt, 8) Busch, Drogenhandlungsbesitzer und Stadtrat in Döbeln, 9) Ehnes, Kaufmann in Dippoldiswalde, 10) Gerlich, Gutsbesitzer in Zschäschütz, 11) Stark, Apotheker in Freiberg, 12) Wühl, Stadtguts-pächter in Freiberg, 13) Donath, Rittergutsbesitzer in Wendischbora, 14) Reuter, Fabrikbesitzer in Zöblitz, 15) Clausnitzer, Fabrikbesitzer in Pöbershau-Aniebreche, 16) Wünschmann, Baumeister in Rabenau, 17) Zieger, Kaufmann in Dederan, 18) Körner, Gutsbesitzer in Gahlitz, 19) Mummert, Rittergutsbesitzer in Lütowitz, 20) Greshel, Rikarchivar in Freiberg, 21) Klotz, Baumeister in Dippoldiswalde, 22) Matthiae, Deconomieinspektor in Klein-

hardtgrünna, 23) Kempe, Königl. Oberförster in Hörden-dorf, 24) Voole, Zigarrenfabrikant in Döbeln, 25) Lindner, Gutsbesitzer in Crumbach, 26) Voeltiger, Gutsbesitzer in Berthelsdorf, 27) Rade, Fabrikant in Freiberg, 28) Sälfen-berg, Maschinenfabrikant in Freiberg, 29) de Warden, Kaufmann in Mulda, 30) v. Wulffen, Rittergutsbesitzer in Kleincarsdorf.

**Glashütte.** Die hiesige Freiwillige Feuerwehr begeht im laufenden Jahre ihr 50jähriges Stiftungsfest. Zu den Kosten dieser Feier hat der Stadtgemeinderat auf Vorschlag des Feuerlösch-Ausschusses 300 Mark einstimmig bewilligt.

**Glashütte.** Die hiesige Gasanstalt, welche seit dem 4. Januar v. J. im Betrieb ist, hatte zunächst 2 Gas-öfen mit 2 und 3 Retorten; da diese für den Bedarf nicht mehr genügten, ist noch ein größerer mit 5 Retorten eingebaut (welcher sich noch um 2 Retorten erweitern läßt). Es können jetzt täglich 1300 cbm Gas erzeugt werden. Bis zum Jahreschluß 1907 waren angeschlossen 125 Hausgrundstücke mit 1991 Flammen für Leuchtgas, 551 Flammen Kochgas, 83 Flammen Heizgas, 10 Motoren mit 47 PS, 41 Vöflammen, 66 Mälzlefen. Aufgestellt waren 383 Zähler. Der Gasverbrauch war 37 827 cbm Leuchtgas, 39 988 cbm Koch-, Heiz- und Kraftgas, 13 942 cbm für öffentliche Beleuchtung. Die Nachbarorte Dittersdorf und Cunnersdorf stehen auch bereits mit Glashütte in Unterhandlung wegen Abgabe von Gas.

**Pöschappel.** Trotz der ungünstigen Witterung sind die Arbeiten an der Eisenbahn zwischen der Gitterseer Brücke und dem hiesigen Bahnhof wesentlich fortgeschritten. Der Hochdamm für die neue Strecke (vorläufig zweigleisig) ist beiderseits der Straßentransse am Steiger schon ziemlich aufgefüllt, die in Beton hergestellten Bahnbrücken über die Weiserich und den Mühlgraben sind fertig, auch diejenige für das Fabrikgleis des Eisenhammerwerkes. Sie ist bereits im Betrieb und dient gegenwärtig gleichzeitig zum Transport der Auffüllmasse, die auf der Dölgzener Seite des Wertes von einer Schlachdenhalde abgefahren werden. An dem auch von der Straßenbahn berührten obenerwähnten Bahnübergang sind die Abschlussmauern für den Damm und die granitenen Lager für die eiserne Brückenkonstruktion aufgemauert. Daran ist zu erkennen, um wieviel tiefer die Straße später zu liegen kommt. Sie muß gegen 3 Meter ausgeschachtet werden. Diese Arbeit läßt sich nur unter Aufsicht der Straßenverkehrs ausführen, weil eine andere Verbindung nicht zur Verfügung steht. Trotz der heftigsten Beschleunigung dürfte während der Bauperiode hier der Verkehr sehr zu leiden haben. Die Unterführung der Straße soll im Juli fertig sein.

**Dresden, 22. Februar.** Minister Graf v. Hohenthal und Bergen empfang heute eine Abordnung des Vereins sächs. Saalbesitzer, die ihm ihre Wünsche vortrug. Der Minister nahm die ausführlichen Darlegungen und Wünsche entgegen und stellte deren wohlwollende Erwägung in Aussicht, machte aber darauf aufmerksam, daß einige dieser Wünsche nur im Wege der Gesetzesänderung erfüllbar seien.

— Man schreibt: Der Kirchensteuergesetzentwurf, der jetzt den Ständen vorliegt, hat noch nicht die öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, die ihm ihre Wünsche kann. Die erste Debatte über ihn in der Zweiten Kammer zeigte seine vielen bedenklichen Seiten auf. So z. B. sollen die Gaben, welche evangelische Kirchenvorstände an auswärtige protestantische Gemeinden verwilligen, von der Genehmigung der oberen Behörde abhängen, welche eine unerträgliche Bevormundung; vermutlich aus unfreundlicher Stimmung gegen die evangelische Bewegung in Oesterreich hervorgegangen. Während der Entwurf den evangelischen Kirchengemeinden Beschränkungen bringt, gewährt er katholischen Gemeinden mancherlei Vorteile, die das Kopfschütteln der Konservativen wie der Liberalen im Landtage erregen. Man hat das Gefühl, daß bei der Ausarbeitung der Vorlage katholische Einflüsse sich geltend gemacht haben; daraus nimmt im Volke das Mißtrauen gegen den Ultramontanismus neue Nahrung; daß er